



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 5. August bis 11. August)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(vom 5. August bis 11. August)

Nach den Ferien

So gegen Ende des Sommers, wenn man sich fern der Tagespolitik an der Natur und bei guten Büchern für die bevorstehende politische Arbeit erfrischend vorbereiten konnte, kommt einem recht zum Bewußtsein, welchen Wert doch des fünften Kanzlers Prinzip, die bürgerlichen Parteien durch den Zwang praktischer Arbeit zusammenführen zu wollen, hat. Über intensiver Arbeit an praktischen Aufgaben vergessen sich leicht persönliche Mißstimmungen und Feindschaften, beim gewissenhaften Hineinsteigen in die Materien fallen Illusionen, Unwahrheiten, Einseitigkeiten wie Schlacken von selbst ab und das wachsende oder gar gelungene Werk dankt seinen Bildnern, indem es läuternd ihre Seele bestrahlt. Solche Läuterung gibt philosophische Ruhe und jene geistige und moralische Überlegenheit, die die feindseligen Ausfälle des politischen Gegners am eigenen Wesen abprallen lassen. Wer gewissenhaft arbeitet wird daher auch den inneren Gleichmut persönlichen Angriffen gegenüber bewahren können und leichter eine Stimmung finden, die es ihm ermöglicht, mit den Gegnern von gestern heute einträchtig zusammenzuwirken.

In diesem Sommer hat nun ein Teil der Presse dem gegenwärtig amtierenden Reichskanzler einige Betrachtungen gewidmet, da gerade drei Jahre vergangen sind, seit Herr von Bethmann, den sie einen Philosophen nennen, das schwierige Amt aus den Händen des fürstlichen Diplomaten von Bülow übernahm. Man sagt, philosophische Ausgeglichenheit bilde den Grundzug des Charakters des fünften Kanzlers. Man hat im allgemeinen dies Urteil dazu benutzt um von ihm zu dem Schluß zu gelangen, daß ein Mann mit anderen, mehr aggressiven Eigenschaften, daß ein Tatmensch, wie Bismarck es gewesen, an die Spitze des heutigen deutschen Reiches gehöre.

Braucht das heutige Deutschland an seiner Spitze eine treibende oder eine bremsende Kraft?

Da wir auf den Boden der Physik geraten sind, sei die Technik zum Vergleich herbeigerufen. Das Dampfschiff trägt seine bewegenden Kräfte in sich, in den Maschinen, in der Güte der Kohlen, in der Gewissenhaftigkeit des Maschinenpersonals; die Abmessungen und Formen des Schiffes begrenzen den Nutzeffekt der Maschinenleistung; aber die praktische Leistung des Schiffes hängt ab von den Aufgaben, die ihm gestellt werden und von den Eigenschaften des Führers. Verschieden sind die Aufgaben des Rauffahrers, des Piratenschiffes, des Luxusbootes oder des Panzerkreuzers. Man wird das Deutsche Reich nicht gern mit einem Piratenschiff oder Luxusboot vergleichen wollen, denn weder zu Raub noch zu Wohlleben wurde es geschaffen. Aber einen Rauffahrer, mit wertvollen Gütern beladen und darum auch aufs beste gerüstet sie zu verteidigen, so darf man wohl das Deutsche Reich nennen.

Der Vergleich läßt sich weiter spinnen: auf vierzigjähriger friedlicher Fahrt ist das Personal so vertraut mit der Behandlung der Maschinen und des Heizmaterials geworden, daß deren Leistungsfähigkeit sich erheblich vergrößert hat. Dennoch hat der Kapitän die Geschwindigkeit nur in dem Maße gesteigert, als auch die Sicherheitsvorrichtungen verbessert werden konnten, damit die Lenkbarkeit nicht litte und das Reichsschiff nicht mit anderen kollidierte oder gar auf Grund geriete. Immerhin hat die Fahrt des Schiffes Deutsches Reich eine Geschwindigkeit erreicht, die die Aufmerksamkeit der anderen Schiffe erregen mußte. Aufgescheucht aus ihrer Ruhe, bedroht im Alleinbesitz des Welt Handels glaubte man am deutschen Reichsschiff gewisse Merkmale zu entdecken, die auf freibeuterische Absichten hindeuteten: die Fixigkeit, das schnelle Handeln, die Blödsichtigkeit des Auftauchens bei allen möglichen unerwünschten Gelegenheiten und nicht zuletzt das stetige Ausgleichen der Stärke der Bestückung mit dem steigenden Wert der geführten Güter! Noch mehr: die kriegsbereite Mannschaft Deutschlands begehrt gegen den langen Frieden auf und gereizt durch die dreisten Unterstellungen der anderen Schiffsbesatzungen glauben sie in der abwägenden Vorsicht des Kapitäns Mangel an Mut und gar zaghaftes Zurückweichen vor unberechtigten Ansprüchen der anderen zu erkennen. Doch auch der Wagemut der Schiffsherren, das ist die Nation, ist gewachsen und so gleicht heute das Deutsche Reich einem riesigen Schiff, dessen Eigner und dessen Besatzung eine Beschleunigung der Fahrt fordern und murrend den Kapitän bestürmen.

Bei solchem Drängen kann der fünfte Kapitän nur darin seinen Trost finden, daß auch seine vier Vorgänger dauernd mit den gleichen Vorwürfen bedroht wurden und daß selbst der Erbauer des Reichsschiffes, der es doch in allen seinen Teilen mit seinen Vorzügen und Fehlern gekannt haben sollte, daß Bismarck sich ins Gesicht sagen lassen mußte: es gelingt auch nichts mehr! nichts kommt zustande!

Immerhin ist das ein schwacher Trost, mit dem man der frei und stark gewordenen Kräfte nicht Herr wird. Das Drängen der Schiffseigner und der Besatzung ist zu einem Problem der inneren Politik herangereift und Herr von Bethmann ist dazu berufen, dies Problem zwar nicht zu lösen aber doch seine Lösung vorzubereiten. Ist er der Mann dazu? Seine drei Jahre währende Kanzlerschaft gibt darauf keine klare Antwort. Aber man findet in ihr doch einige Anhaltspunkte, von denen sich Schlüsse auf die Zukunft ziehen lassen: Die preußische Wahlrechtsreform, die Verfassung der Reichslande, die Behandlung der Polenfrage; ferner das Eingreifen in die auswärtige Politik gelegentlich der Bagdadbahn- und Marokkofrage sowie die erneute Verständigung mit Rußland. Herr von Bethmann ist zweifellos gesonnen das Reichsschiff einer Reparatur im Innern zu unterwerfen, um seine Leistungsfähigkeit auf der stürmischen See der Weltpolitik zu steigern. Daß er sich fürchtete selbst an die heikelsten Dinge zu rühren, darf man ihm dabei nicht nachsagen; ob er im

einzelnen glücklich gewesen ist, ist eine Frage, deren Beantwortung je nach dem Parteistandpunkte verschieden ausfallen wird.

Im Kurs des Reichsschiffes in der auswärtigen Politik des fünften Kanzlers erkennen wir ohne Zweifel den festen Willen, den Weltfrieden zu erhalten, ohne Deutschland in seiner Entwicklung behindern zu lassen. Da diese Entwicklung nirgends mit der Rußlands kollidiert, die russische Regierung aber den Frieden aus Gründen der inneren Politik gleichfalls zu erhalten wünscht, so ward eine Verständigung mit dem Zarenreich um so mehr der gegebene Ausgangspunkt für alle weiteren Maßnahmen, als England sich dem freimütigen Entgegenkommen Bethmanns versagte. Im übrigen galt es das System der Versicherungen und Rückversicherungen, das vorübergehend durch die englische Einkreisungspolitik gestört worden war, wieder in Ordnung zu bringen. Die Haltung Deutschlands im Marokkotreit hat seine Friedensliebe ebenso dargetan, wie sie dazu führen konnte England vor aller Welt als den Friedensstörer zu entlarven. Seine Haltung in der Tripolisfrage hat den Dreibund gefestigt und die Türkei vor dem Untergange bewahrt; denn ohne sie wäre Rußland nicht zur Verständigung auch mit Österreich-Ungarn gekommen und das Pulverfaß auf dem Balkan wäre, durch Nikita oder Ferdinand in Brand gesteckt, in die Luft geflogen. Eine sinngemäße Fortbildung des Ententensystems bedeutet auch die neueste Flottenkonvention Frankreichs mit Rußland, von deren Tragweite noch gar nicht ausgemacht ist, daß sie sich gegen Deutschland richten muß. Jedenfalls sollte die französische Regierung nun endlich davon überzeugt sein, daß die deutsche Marokkopolitik von ihren ersten Anfängen an ohne Hintergedanken betrieben wurde. Der wirkliche Gegner unseres gallischen Nachbarn ist stets das in seiner Herrschaft am Mittelmeer beeinträchtigte England gewesen. Die neuerlichen Schwierigkeiten mit Spanien sind nur erklärlich durch das Intrigenspiel der englischen Diplomatie. So wird denn wohl die Zeit einmal kommen, wo man auch in Frankreich die Wahrheit der Worte Ribbentrops erkennen wird, die dieser zu Kissingen an den Vertreter des Figaro gerichtet hat: „Das schmolgende Frankreich bedeutet eine ständige Kriegsgefahr.“ Das mag für ein seiner westlichen Nachbarn unsicheres Rußland eine ganz willkommene Erscheinung sein, nicht aber für ein Rußland, daß sich mit Österreich-Ungarn und Deutschland verständigt hat und den Frieden auf dem Kontinent benötigt, um seine Pläne in Asien ungestört durchführen zu können.

So dürfen wir mit dem Ergebnis der dreijährigen Kanzlerschaft Bethmanns wenigstens auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zufrieden sein. Durch die Verständigung der drei Kaiserstaaten ist eine neue starke Grundlage geschaffen worden, von der aus die Einzelfragen der Weltpolitik, die meist Wirtschaftsfragen sind, erörtert werden können, ohne gleich wie im vergangenen Jahr den Weltfrieden zu bedrohen. Eine gewisse Feuerprobe hat die neue Ordnung der Dinge bereits überstanden, indem der türkisch-montenegrische Grenzstreit, der kürzlich auftauchte, in wenigen Tagen ohne Schwierigkeiten beigelegt werden

konnte. Eine weitere Probe bildet der italienisch-türkische Krieg. Auch sie wird allem Anschein nach günstig verlaufen, da bei den drei Hauptmächten Einigkeit darüber besteht, die beiden Gegner zu isolieren und sich selbst zu überlassen. Unter solchen Voraussetzungen dürfte es auch der türkischen Regierung gelingen, das Osmanenreich durch die Klippen der jüngsten inneren Krise zu geleiten.

* * *

Wir kommen zu den Eignern und zur Besetzung des Reichsschiffs, zu den Fragen der inneren Politik. Was der Kanzler hier in drei Jahren schaffen konnte, war nicht viel und ob sich zu einem näheren Zeitpunkt überhaupt etwas erreichen läßt, ist nicht erkennbar. Die deutsche Nation befindet sich im Zustande einer Zersplitterung, die an die bösesten Zeiten vor der Reichsgründung gemahnt. Diese liegt begründet in dem wachsenden Reichtum und in den unzähligen, seit der Reichsgründung geschaffenen Möglichkeiten zu Reichtum zu gelangen. Man braucht sich nur der Namen der zahlreichen gewerblichen Verbände und Vereine und ihres Einflusses auf die letzten Reichstagswahlen zu erinnern, um die Berechtigung obigen Satzes zu begreifen. Der Staat mit allen seinen Einrichtungen gilt bei einer Mehrzahl als das Werkzeug, den Erwerb von Reichtümern zu vermitteln oder wenigstens zu erleichtern. Solche einseitige Auffassung von den Rechten des Staatsbürgers und den Pflichten des Staates beziehungsweise der Regierung kann naturgemäß nicht ohne einschneidende Wirkung auf die Organisationen bleiben, die von der Nation selbst geschaffen werden, um ihre Forderungen bei der Exekutive durchzusetzen, auf die politischen Parteien.

Nun wird eine Regierung, die von allen geäußerten Wünschen nur wenige ganz erfüllen kann, alle übrigen aber unter Hinweis auf allgemeine Staatsnotwendigkeiten, Nationalbewußtsein und Patriotismus beschneiden oder ganz zurückweisen muß, unter den obwaltenden Verhältnissen sich nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen so starke Gefolgschaften sichern können, wie sie deren für den glatten Fortgang der innerpolitischen Entwicklung bedarf. Von der glatten Annahme aller Armees- und Marineforderungen wollen wir nicht Schlüsse auf die Einmütigkeit der Nation ziehen, von der wenigstens auf den Gebieten der inneren Politik nicht die Rede sein kann. In weiteren Kreisen, auch in solchen, die jeder Armeevermehrung zustimmen, gilt die Armee selbst als ein notwendiges Übel, nicht als Kulturfaktor, der sie tatsächlich ist.

Unter diesen Umständen ist es möglich geworden, daß jene „ganz bestimmten Voraussetzungen“, die es der Regierung trotz allem ermöglichen, einen Ausweg aus dem allgemeinen Dilemma zu finden, in Umständen liegen, deren Vorhandensein wir nur aufs tiefste beklagen können, da sie zu allen übrigen Gegenständen auch noch konfessionelle in die Nation tragen: das Vorhandensein einer starken, einflußreichen Zentrumsparlei. Während nämlich alle anderen politischen Parteien, ohne Ausnahme, von den Wirtschaftsverbänden usw. soweit aufgezogen sind, daß ihre Vertreter sich in den Parlamenten fast aus-

schließlich mit Wirtschaftsfragen oder solchen der Sozialpolitik plagen müssen, während für kulturelle immer weniger Zeit und Kraft übrig bleibt, hat die Zentrumsparlei dank ihrer Stärke und glücklichen Zusammensetzung unter Innehaltung eines gesunden Mittelweges bei wirtschaftlichen Maßnahmen — was übrigens ihr häufiges Zusammenarbeiten mit den Nationalliberalen in solchen Fragen erklärt — doch immer die kulturellen Weltanschauungsfragen, wenn auch von einem katholischen ultramontanen Standpunkt aus, in den Vordergrund rücken können und damit dem Vordringen des nackten materiellen Individualismus oftmals Halt geboten. Die Entwicklung lehrt, daß, während die liberalen Parteien durch ihre Presse und in privaten Organisationen als Hüter der deutschen Kultur kämpfen, praktische Kulturpolitik in den Parlamenten erfolgreich nur von der Zentrumsparlei getrieben werden kann, da diese, von den evangelischen Konservativen unterstützt, wenigstens in den beiden größten Bundesstaaten die Macht in den Händen hat und sie auch rücksichtslos zu gebrauchen versteht. Zieht man als erklärendes Moment noch die Tatsache in Betracht, daß sich die Zentrumsparlei in großen Gebieten auf die bäuerliche Bevölkerung stützen kann, so wird man sie als das beharrliche Moment in der Entwicklung der neudeutschen Geschichte auffassen dürfen, das einen gewissen ruhigen Fortschritt im Staat ermöglicht, freilich auf Kosten aller liberalen Errungenschaften.

Es scheint mir notwendig, die hadernden Gegner des Ultramontanismus auf die Gefahr hinzuweisen, die allen unseren Kulturidealen infolge der entsetzlichen Zerspaltung drohen, die vom Wirtschaftsleben ausgehend, sich unserer bemächtigt hat, und die die Regierung zwingt, in erster Linie mit dieser bürgerlichen Partei zu rechnen, die sich als die größte und am besten organisierte auch befähigt zu erweisen scheint, Staat erschütternde Tendenzen zurückzudrängen.

In Erkenntnis seiner Unentbehrlichkeit für die Politik des fünften Reichskanzlers hat denn das Zentrum auch nicht gezögert, seine Gegenrechnungen vorzulegen: die jüngsten Jesuitendebatten in Bayern, die Propaganda für die Zulassung der Jesuiten in Deutschland auf dem am Sonntag eröffneten Katholikentage zu Aachen, die Angriffe auf den preußischen Kriegsminister, die Versuche im preußischen Abgeordnetenhaus, die Ostmarkenpolitik im ultramontanen Sinne zu beeinflussen, mögen meine Behauptung bekräftigen.

Wie aber findet der fünfte Kanzler sich mit dieser verzwickten Sachlage ab? „Eine Politik ohne das Zentrum treibe ich nicht!“ hat er einmal im Reichstage erklärt und dennoch im preußischen Abgeordnetenhaus durch den Mund des Landwirtschaftsministers, der selbst Katholik, sagen lassen, Katholiken könnten in der Ostmark nur mit äußerster Vorsicht angedestelt werden, da sie gegen die Gefahr der Kolonisation nicht genügend gefeit seien. Seine Haltung in der Jesuitenfrage kennen wir nicht; ein Festhalten am Jesuitengesetz würde zweifellos zum Konflikt mit Bayern führen. Herr von Bethmann scheut sich davor, Kon-

flitte heraufzubeschwören, deren Konsequenzen er nicht zu überschauen vermag. Das führt leicht zu einer Politik des *laissez faire, laissez aller*, deren Folgen nicht klarer zu erkennen sind wie die der Konflikte und die darum nicht weniger schwer zu sein brauchen. Die Furcht vor Konflikten tritt uns auch in der Ostmarkenpolitik entgegen. Durchaus zustimmen muß man dem Kanzler, wenn er den Kampf um den Boden aus dem Dunst nationaler Leidenschaften hervorgezogen hat und ihn lediglich als eine Äußerung des wirtschaftlichen Lebens anerkennen will. Soll aber dieser Wechsel nicht gleichbedeutend mit Preisgabe der Ostmark an die Polen sein, dann bedarf es auch entsprechender wirtschaftlicher Maßnahmen, die die deutsche Bevölkerung in den Osten zu ziehen vermögen. Wir haben davon nichts bemerkt und empfinden die Haltung der Regierung als einen Mangel an Initiative, der uns bedenklich stimmt. Denn die bescheidenen Ansätze innerer Kolonisation, denen wir hier und da begegnen, zeigen nur, daß der Herr Reichskanzler die Gefahr erkannt hat, sie beweisen noch nicht, daß er ihr ernstlich zu Leibe gehen will.

Die Frage der inneren Kolonisation sollte auch von rein politischen Gesichtspunkten aus schärfer ins Auge gefaßt werden. Sie umfaßt ein so umfangreiches Gebiet der Wirtschaft und der Politik, daß ihre ernsthafte und allseitige Erörterung und politische Behandlung sehr wohl geeignet erscheint, der Zersplitterung innerhalb der bürgerlichen Parteien Einhalt zu gebieten. Man soll nur zweierlei nicht tun: die Förderer der inneren Kolonisation als Feinde einer zielbewußten Kolonialpolitik und als erklärte Feinde des Großgrundbesitzes hinstellen. Unsere Kolonialpolitik kann mit der inneren Kolonisation sehr wohl parallel laufen, denn sie kommt in erster Linie für ganz andere Kreise unseres Volkes in Frage wie die innere Kolonisation. Diese hat die Aufgabe: Menschenmassen zu produzieren, jene soll die Tätigkeit des Handels erleichtern, die Brücke zum Weltmarkt befestigen helfen und — Herrenmenschen züchten, die das heimische Bauernvolk vor Stagnation, Chinesierung bewahren können. Kolonialpolitik kann aber nur auf den Schultern eines fruchtbaren Heimatvolkes gesund und kräftig bleiben, das immer neue Ströme von tatkräftigen Menschen über das Meer hinauszusenden vermag und eine entsprechende Macht ausüben kann. Wollen wir weiter Kolonialpolitik ohne planmäßige innere Kolonisation treiben, so muß die Arbeit von dreißig Jahren den Angelsachsen wieder zufallen, da wir nicht das Menschenmaterial heranschaffen könnten, das zur Bewirtschaftung der Kolonien notwendig sein wird. Nicht nur das Land östlich der Elbe, das heute noch deutsche Leute in die Kolonien entsendet, wird den Polen gehören, auch die Industrie am deutschen Rhein. Die sogenannte Feindschaft gegen den Großgrundbesitzer widerlegt sich bei einigem Nachdenken von selbst. Wir erkennen freimütig an, daß die Bewirtschafter der großen landwirtschaftlichen Betriebe zu den idealsten Früchten deutschen Stammes gehören; wir bestreiten nur, daß zu ihrer Züchtung der Aufwand nötig ist, den die nationale Wirtschaft um ihretwillen treibt. . . .

Doch zurück zum Kanzler. Wir wissen heute von ihm aus seinen Taten, daß er die Nöte der Nation kennt, wissen, daß für ihn, unter dessen Kanzlerschaft das Reichsangehörigengesetz endlich zustande gekommen ist, der Begriff nationaler Sammlungspolitik mehr bedeutet als die Ausföhnung der politischen Parteien, und wir hoffen, daß er, nachdem es ihm mit Hilfe seines tatenfrohen Staatssekretärs in der auswärtigen Politik gelang, sicheres Fahrwasser für das Reichsschiff zu gewinnen, nun auch die Zeit für gekommen erachtet, ordnend in unsere innerpolitischen Verhältnisse einzugreifen.

Braucht das heutige Deutschland an seiner Spitze eine treibende oder eine bremsende Kraft? G. Cl.

Druckfehler. Im Reichs Spiegel des letzten Heftes, Nr. 32, Seite 286, hat uns der Druckfehlerwusel einen üblen Streich gespielt. Auf Zeile 19 von oben muß es statt „Ich und Er“ heißen: „Geb. und Erinn.“ und weiter in der 11. Zeile von unten statt „Georg Rüd“, „Georg Hirth“ Die Schriftleitung

Verantwortlich: der Herausgeber George Kleinow in Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.
 Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Pfalzburg 5719, des Verlags: Amt Bülow 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dettmerer Straße 86/87.

Pädagogium

Zwischen Wasser u. Wald äusserst gesund gelegen. —
 Bereitet für alle Schulklassen, das Einjährigen-,
 Primaner-, Abiturienten-Examen vor. Auch Damen-
 Vorbereitung. — Kleine Klassen. Gründlicher, indi-
 vidueller, eklektischer Unterricht. Darum schnelles
 Erreichen des Zieles. — Strenge Aufsicht. — Gute
 Pension. — Körperpflege unter ärztlicher Leitung.

Waren in Mecklb. am Müritzsee.